

Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat – was ist bekannt, was nicht? Ein Review nationaler und internationaler Umfragen

Natalie Herdegen, Philipp Kugler

AUF EINEN BLICK

- Einstellungen der Bevölkerung zum Sozialstaat werden in verschiedenen Umfragen seit Jahren erfasst.
 - Viele Fragen werden zur Verantwortlichkeit des Staates, zum Niveau sozialstaatlicher Leistungen und zu Gerechtigkeitsvorstellungen gestellt.
 - Während Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik gut abgebildet sind, gibt es weitaus weniger Fragen etwa zu Familien-, Bildungs-, Wohnungs- und Pflegepolitik.
 - Einstellungen gegenüber sozialstaatlichen Reformen sind nur teilweise gut erfasst.
-

EINLEITUNG

Der deutsche Sozialstaat steht einerseits aktuell vor vielfältigen Herausforderungen. Diese ergeben sich u. a. aus dem Wandel der Technologie, der Arbeitswelt, der Demografie, aus der Globalisierung oder der Frage nach der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Sorgearbeit. Andererseits kommt wohlfahrtsstaatlichen Leistungen bei der sozialen Abfederung dieser Herausforderungen eine zentrale Bedeutung zu. Um handlungsfähig zu bleiben, ist der Wohlfahrtsstaat auf die Akzeptanz der Bevölkerung dringend angewiesen.

Daraus ergeben sich folgende Fragen: Genießt der Wohlfahrtsstaat bei der Bevölkerung insgesamt (noch) eine ausreichende Zustimmung? Welche sozialpolitischen Leistungen befürwortet die Bevölkerung bzw. welchen steht sie kritisch gegenüber?

Hinsichtlich der durch die genannten Herausforderungen immer dringender werdenden sozialstaatlichen Reformen stellt sich zudem die Frage, welche Reformen die Bevölkerung unterstützt und welche sie ablehnt. Die Einstellungen der Bevölkerung zum Sozialstaat insgesamt und die Erwartungen an sozialstaatliches Handeln spielen somit eine entscheidende Rolle.

Die Akzeptanz in der Bevölkerung in Bezug auf den Wohlfahrtsstaat sowie Erwartungen an sozialstaatliches Handeln werden in verschiedenen Umfrageprogrammen bereits seit vielen Jahren erhoben. Für die diesem Impuls zugrunde liegende DIFIS-Studie Nr. 8/2026¹ wurden die Befragungsinhalte der folgenden Umfrageprogramme untersucht: die allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozial-

wissenschaften (ALLBUS), das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), der Deutsche Alterssurvey (DEAS), der European Social Survey (ESS), das International Social Survey Programme (ISSP), der Integrated Values Survey (IVS), das Politbarometer, der DeutschlandTrend und das Eurobarometer. Außerdem wurde Literatur, die diese Umfrageprogramme auswertet, in die Untersuchung einbezogen. Die Umfrageprogramme enthalten jeweils ausführliche Frageblöcke zu Einstellungen, Lebenslagen und sozialen Veränderungen. Die meisten Umfragen sind als Querschnitterhebungen konzipiert, nur bei SOEP und DEAS handelt es sich um Panelerhebungen. Während sich SOEP, ALLBUS, DEAS, Politbarometer und DeutschlandTrend auf die deutsche Bevölkerung beschränken (im DEAS sind zudem nur Personen ab 40 Jahren erfasst), beziehen die anderen Umfrageprogramme eine Vielzahl von Ländern ein. Der IVS hat die größte Reichweite und umfasst Länder auf allen Kontinenten.

Einbezogene Datensätze

Sozialwissenschaftliche Umfragen

- ALLBUS
- SOEP
- Deutscher Alterssurvey
- European Social Survey
- International Social Survey Programme
- Integrated Values Survey

Trendmonitore

- Politbarometer
- DeutschlandTrend
- Eurobarometer

Die Untersuchung der Befragungsinhalte zielte darauf ab, herauszufinden, welche Aspekte in Bezug auf die Einstellungen der Bevölkerung zum Sozialstaat empirisch gut erfasst sind. Auch sollte die Analyse Wissenslücken sichtbar machen. Dazu wurden die in den Umfrageprogrammen zum Sozialstaat gestellten Fragen thematisch gruppiert. Dabei ergaben sich die folgenden Themen: Verantwortlichkeit des Staates (Wo soll der Staat handeln?), Niveau der sozialstaatlichen Leistungen (Wie viel soll der Staat tun?), Gerechtigkeitsvorstellungen (Warum soll der Staat wie gewünscht handeln?), Politikbereiche sozialstaatlichen Handelns (In welchen Lebenslagen oder bei welchen

Lebenslaufübergängen soll der Staat unterstützen?), Reformbedarf (Was soll der Staat anders machen?).

Diese Themenbereiche sind unterschiedlich gut in den untersuchten Umfrageprogrammen und der zugehörigen Literatur abgebildet. Viele Fragen werden beispielsweise zur Verantwortlichkeit des Staates, dem Umfang sozialstaatlicher Leistungen und Gerechtigkeitsvorstellungen gestellt.

ERGEBNISSE DES DATA-REVIEW

Die **Verantwortlichkeit des Staates** wird in allen untersuchten Erhebungen erfasst. Besonders häufig werden die entsprechenden Fragen in den Jahren 1995 bis 2009 und in etwas geringerem Maße auch zwischen 2015 und 2019 gestellt. In den allermeisten Fällen wird nach der Verantwortlichkeit des Staates in unterschiedlichen Politikbereichen wie Arbeitsmarkt, Rente und Familie gefragt. Vereinzelt erfassen die Erhebungen auch nur die Verantwortlichkeit für soziale Sicherung allgemein. Zudem wird fast immer die Verantwortlichkeit des Staates für Umverteilung erhoben. Im ESS sowie im Eurobarometer wird zusätzlich nach der Rolle europäischer Institutionen gefragt, insbesondere zwischen 2015 und 2019. Auch in der Literatur finden sich einige Studien, die sich mit Einstellungen zu EU-weiter Sozialpolitik und Faktoren, die diese Einstellungen beeinflussen, befassen.

Zum **Niveau sozialstaatlicher Leistungen** werden ebenfalls in allen Erhebungen Fragen gestellt, insbesondere zwischen 2005 und 2009 und in etwas geringerem Umfang zwischen 2010 und 2019. In den meisten Befragungen ist das Leistungsniveau des Wohlfahrtsstaates oder der Umfang bzw. die Entwicklung der Sozialausgaben Thema. Häufig wird auch danach gefragt, welche Ziele bei der Finanzpolitik Vorrang haben sollen, etwa ob Steuern oder Leistungen angepasst werden sollen. ALLBUS, ESS und IVS fragen nach dem Kreis der Anspruchsberechtigten, ALLBUS und ESS außerdem auch nach den Anreizwirkungen sozialstaatlicher Leistungen. Auch die Literatur beschäftigt sich mit Einstellungen zum Ausmaß sozialstaatlicher Leistungen und geht dabei auf Unterschiede zwischen verschiedenen sozialpolitischen Bereichen ein. Viele Studien beschäftigen sich zudem damit, wie Haltungen, Werte, sozioökonomische Charakteristika und Kontextfaktoren diese Einstellungen prägen. Außerdem wird von einigen Studien die Verbreitung von Wohlfahrtschauvinismus thematisiert.

In allen betrachteten Umfragen finden sich Fragen zu **Gerechtigkeitsvorstellungen**. Diese werden insbesondere seit 2015 gestellt. Mit Ausnahme des DEAS fragen alle Erhebungen nach Vorstellungen zur Verteilungsgerechtigkeit, auch Leistungsgerechtigkeit wird häufig adressiert. Vereinzelt werden Fragen zur Generationengerechtigkeit (DEAS, DeutschlandTrend), zur Chancengleichheit (ESS, Polit- und Eurobarometer) und zu Prinzipien sozialer Gerechtigkeit (SOEP, ESS) gestellt. Die Literatur befasst sich ausführlich mit den Themen Ungleichheit und Umverteilung. Eine Reihe von Studien beschäftigt sich mit der Frage, wie Ungleichheit wahrgenommen wird und welche Unterschiede es in der Wahrnehmung zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen gibt. Ein weiterer Schwerpunkt in der Literatur widmet sich der Frage, wie die Bevölkerung gegenüber Ungleichheit eingestellt ist, wie sich diese Positionen im Zeitverlauf entwickeln und wodurch sie beeinflusst werden. Einige Studien untersuchen zudem, wie es sich auf die Einstellung gegenüber Ungleichheit auswirkt, wenn eine Person selbst einen Aufstieg erlebt hat. Zur Position der Bevölkerung gegenüber Umverteilung liegt ebenfalls viel Literatur vor. Diese zeigt auf, wie sich die Einstellung im Zeitablauf entwickelt hat und durch welche Faktoren sie beeinflusst wird. In diesem Zusammenhang wird meist der Einfluss von soziodemografischen Eigenschaften, Gerechtigkeitsvorstellungen, politischer Ideologie, der Wahrnehmung von Ungleichheit, aber auch vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld, wie etwa der Einfluss von Migration, untersucht.

Was **sozialstaatliches Handeln** in unterschiedlichen Politikbereichen, also bestimmten **Lebenslagen und kritischen Lebenslaufübergängen**, angeht, so sind manche Politikbereiche gut in den Erhebungen abgedeckt und andere nicht. Die Lebenslage älterer Menschen wird etwa von allen Erhebungen außer ALLBUS und SOEP erfasst. Insbesondere geschieht dies in den Jahren 2005 bis 2009 und etwas weniger häufig auch zwischen 1995 und 2004 sowie zwischen 2010 und 2019. Familienpolitische Themen kommen in allen Umfragen außer SOEP, DEAS und IVS vor. Die entsprechenden Fragen werden insbesondere seit dem Jahr 2000 gestellt. Allerdings wird beispielsweise die Lage alleinerziehender Eltern kaum beleuchtet. Zur Arbeitsmarktpolitik werden im ESS, im Politbarometer, im DeutschlandTrend und im Eurobarometer Fragen gestellt, insbesondere seit 2015, aber in etwas geringerem Ausmaß auch schon seit 2000. Auch in der Literatur lässt sich ein Schwerpunkt bei der Renten-

und Arbeitsmarktpolitik erkennen. Dabei geht es um Themen wie die Lebenslage älterer Menschen, Einstellungen zum Rentensystem sowie das Verhältnis von Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik. Außerdem werden die Akzeptanz der Arbeitsmarktpolitik, Einstellungen zu einem bedingungslosen Grundeinkommen, zu Hartz-IV und zu Sanktionen thematisiert.

Weitere Politikbereiche, die in einzelnen Erhebungen adressiert werden, sind: Bildung (ESS, ISSP, DeutschlandTrend, hauptsächlich in den Jahren 2000 bis 2004), Wohnungspolitik (DeutschlandTrend, Polit- und Eurobarometer, hier zeigt sich kein zeitlicher Schwerpunkt) und Pflegepolitik (DeutschlandTrend und Eurobarometer, hauptsächlich zwischen 2005 und 2009). In einigen Erhebungen finden sich zudem Fragen zur Einschätzung von Konflikten zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen (ALLBUS, DEAS, Politbarometer, insbesondere seit 2020, in etwas geringerem Maß auch schon seit 2000). Auch Fragen zur Diskriminierung (DEAS, ESS, Eurobarometer, kein zeitlicher Schwerpunkt) werden vereinzelt erhoben. Fragen zu Lebenslaufübergängen werden kaum gestellt. Ausführlich wird lediglich der Übergang in den Ruhestand im DEAS erhoben. Außerdem gibt es einzelne Fragen zu Chancen beim Berufseinstieg (ESS) oder zur Familiengründung (u. a. ESS und ALLBUS). Weitere Übergänge wie etwa aus Arbeitslosigkeit oder Krankheit zurück ins Erwerbsleben werden nicht betrachtet. In der Literatur finden sich ebenfalls nur vereinzelt Studien, die sich mit der Qualität des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand beschäftigen.

Zum allgemeinen **Reformbedarf sozialstaatlicher Leistungen** werden im DeutschlandTrend verschiedene Fragen gestellt. Vereinzelt kommt dieser Themenbereich auch im Polit- und im Eurobarometer vor. Dort wird jedoch eher die Bewertung konkreter Reformmaßnahmen erfasst, die sich zum jeweiligen Zeitpunkt der Befragung in der Diskussion oder bereits in der Umsetzung befinden. Die anderen Umfrageprogramme thematisieren diesen Bereich jedoch kaum. In der Literatur finden sich einige Studien, die die Reformbereitschaft der Bevölkerung, Einstellungen zu sozialstaatlichen Reformen und Einflussfaktoren auf diese Einstellungen thematisieren. Außerdem beschäftigen sich mehrere Studien mit Einstellungen zu Reformen der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik.

Fragen zur Sozialpolitik sind häufig Bestandteile von Themenmodulen, die nicht unbedingt in jeder Befragungswelle wiederholt werden. So lässt sich in den Umfrageprogrammen der späten 1990er- und

frühen 2000er-Jahre ein Schwerpunkt auf den hier betrachteten Themen feststellen. Es kommt häufig vor, dass sich der Wortlaut einer Frage von einer zur nächsten Welle ändert. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn sich die entsprechende Frage auf konkrete sozialpolitische Maßnahmen oder zum Zeitpunkt der Erhebung aktuell diskutierte Reformen bezieht.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Untersuchung der Befragungsinhalte ergibt zum einen, dass weitere sozialpolitisch relevante Personengruppen, die bisher von den Umfragen nicht abgedeckt werden, in den Blick genommen werden sollten. Hierzu gehören beispielsweise Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung oder erwerbsunfähige Personen. Bislang ist wenig dazu bekannt, wie die Bevölkerung Leistungen für diese Personengruppen bewertet. Zum anderen sollte ein stärkerer Fokus auf die Qualität von Lebenslaufübergängen (etwa von der Ausbildung ins Erwerbsleben, aus der Arbeitslosigkeit oder nach einer Krankheit zurück ins Erwerbsleben) gelegt werden. Auch hier kann auf Basis der Umfrageprogramme nichts darüber ausgesagt werden, ob die Bevölkerung staatliche Unterstützung an diesen Lebenslaufübergängen als sinnvoll und geboten erachtet. Genauso wenig möglich sind Aussagen darüber, wie diese Unterstützung ggf. ausgestaltet sein sollte und wem sie zugutekommen sollte. Darüber hinaus sollte bei der Konzeption neuer Befragungsinhalte darauf geachtet werden, dass Items über die Zeit hinweg vergleichbar und in regelmäßigen Abständen erhoben werden. Nur so sind langfristige Trendanalysen möglich, die wichtig sind, um die Einstellung der Bevölkerung zum Wohlfahrtsstaat im Zeitablauf konsistent abzubilden.

Literatur

1 Herdegen, Natalie, Philipp Kugler, Jana Thole und Alexa Weikinger. 2026. Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat: Was ist aus nationalen und internationalen Surveys bekannt? – Ein Data-Review. DIFIS-Studie 2026/9.

Über die Autor*innen

Dr. Natalie Herdegen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung an der Universität Tübingen. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Arbeitsmarkt und Rente.

Dr. Philipp Kugler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung an der Universität Tübingen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Anwendung von Verfahren maschinellen Lernens sowie im Bereich Bildung und Migration.

Für die Inhalte der vorliegenden Publikation sind ausschließlich die Verfasser*innen verantwortlich.

Impressum

DIFIS – Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung

Direktorin: Prof. Dr. Ute Klammer (Universität Duisburg-Essen)
Stellv. Direktor: Prof. Dr. Frank Nullmeier (Universität Bremen)
Standort Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ),
Forsthausweg 2, 47057 Duisburg

Standort Bremen: SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, Mary-Somerville-Straße 5, 28359 Bremen

Homepage: www.difis.org

Erscheinungsort und -datum: Duisburg/Bremen, Oktober 2026

Inhaltliche Betreuung: Prof. Dr. Dirk Hofäcker, Dr. Achim Schmid, Miriam Laschinski

Betreuung der Publikationsreihe: Dr. Miruna Bacali

ISSN: 2748-680X